

Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer MdB
Rede zur Integrationspolitik der Bundesregierung
am 22. Februar 2008
vor dem Deutschen Bundestag

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf Ihre heutige Rede, Herr Beck, muss ich erwidern: Sie geben immer vor, sich schützend vor die Migranten zu stellen. Das machen Sie aber nur scheinbar. Was Sie heute und in den letzten Tagen gemacht haben, ist Wahlkampf pur. Sie wollen spalten, statt zusammenzuführen. Das schadet der Integration.

Zugleich lenken Sie seit Wochen und Monaten von den Defiziten Ihrer Integrationspolitik ab. Die Kollegin Dağdelen hat seitenweise aus meinem Lagebericht zitiert, den ich im Dezember vorgelegt habe. Diesem Bericht liegen die Zahlen aus den Jahren 2005 und 2006 zugrunde. Das ist in der Tat eine bittere Abschlussbilanz der grünen Integrationspolitik. Die Defizite sind erheblich.

Ich will nur zwei Daten anführen. Bei Migranten ist das Risiko der Arbeitslosigkeit doppelt so hoch wie bei Deutschen. Ursache dafür sind fehlende oder unzureichende Abschlüsse. Rund 40 Prozent der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund in Deutschland haben keinen beruflichen Abschluss. Das belegen die Zahlen des Jahres 2005.

Besonders dramatisch ist, dass die Ausbildungsbeteiligung der jugendlichen Ausländer bis 2006 auf 23 Prozent gesunken ist. Auch das ist ein Ergebnis Ihrer mangelnden Bemühungen.

Sie hätten die Chance gehabt, gegenzusteuern. Sie hätten Betroffene ins Bundeskanzleramt einladen und Integrationsgipfel durchführen können. Warum haben Sie das nicht getan?

Ein Blick in Ihren Antrag zeigt, dass Sie sich mittlerweile nicht mehr nur auf das Ausländerrecht konzentrieren. Ihr Antrag liest sich wie die Kurzfassung des **Nationalen Integrationsplans**. Schön, dass Sie dazugelernt haben; es ist gut, dass Sie sich auf diesen Weg machen.

Sie sind herzlich dazu eingeladen. Sie fordern eine umfassende Sprachförderung, den Ausbau der verpflichtenden Deutschkurse, die interkulturelle Öffnung der Kommunen und die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Nur: Was Sie fordern, haben wir schon längst auf den Weg gebracht.

Das ist der entscheidende Unterschied. Wir haben in der Integrationspolitik umgesteuert. In diesem Zusammenhang danke ich den beiden Koalitionsfraktionen, die mit großer Vehemenz und großem Engagement dieses Umsteuern mit voranbringen.

Herr Körper, ich darf noch einen Schritt weitergehen als Sie. Sie haben gesagt, Deutschland sei ein Einwanderungsland. Ich meine, wir sind inzwischen mehr als ein Einwanderungsland:

Wir sind ein **Integrationsland**. Denn uns verbindet das Anliegen, den 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in unserem Land eine Heimat zu geben und sie zu integrieren.

Wir haben Integration als **Querschnittsaufgabe** definiert und sie in den Mittelpunkt unserer Politik gerückt. Integration heißt – das wird von beiden Koalitionsfraktionen und von der FDP vertreten – gleichberechtigte Teilhabe. Das ist der Kern unserer Politik, und das heißt auch, zu Deutschland und zu unseren Werten Ja zu sagen. Darauf werden wir uns stützen.

Die Regierung und die Große Koalition haben die zentralen Handlungsfelder der Integration konkret aufgegriffen. Dazu gehören gute **Deutschkenntnisse** – das ist das A und O – als Grundlage der Integration. Dafür unternehmen wir große Anstrengungen. Wir geben für die **Integrationskurse** inzwischen 155 Millionen Euro aus.

Damit ermöglichen wir Verbesserungen im Bereich der Integration. Das war das erste große Thema im Nationalen Integrationsplan. Die Bundesregierung weiß, dass sie hier in einer besonderen Verantwortung steht. Wir haben eine Vorreiterfunktion im Zusammenhang mit dem Nationalen Integrationsplan wahrzunehmen. Ich bin sehr dankbar, dass es hier im Parlament und durch das Vorangehen des Innenministeriums gelungen ist, die Integrationskursverordnung pünktlich zum neuen Haushaltsjahr in Kraft treten zu lassen. Das schafft die Möglichkeit, dass mehr Menschen, die zu uns gekommen sind, die deutsche Sprache – wie gesagt, das A und O – lernen können.

Wir sehen heute, dass die Sprachförderung in jedem Kindergarten dazugehört. Sprachförderung von Anfang an ist die wichtigste Investition in die Zukunft unserer Kinder.

Wir setzen aber nicht nur auf die nachholende und die begleitende Integration. Vielmehr fördern wir auch die vorbereitende Integration. Das wird von beiden Koalitionsfraktionen mitgetragen. Es bedeutet einen Paradigmenwechsel in der Integrationspolitik, wenn wir jetzt von denjenigen, die im Rahmen des Ehegattennachzugs nach Deutschland kommen, nicht nur erste Deutschkenntnisse verlangen, sondern ihnen auch konkrete Hilfestellung beim Erwerb dieser Kenntnisse durch Deutschkurse an den Goethe-Instituten in der Türkei geben.

Das ist keine Zumutung, sondern eine Erleichterung bei der Integration in unserem Land. Lassen Sie uns die Menschen ermutigen und nicht entmutigen! Das ist ein wesentliches Element der Integration. Wir beschreiten mit dem Nationalen Integrationsplan neue Wege und eröffnen neue Chancen. Aber dazu gehört auch, dass auch die andere Seite die neuen Wege gerne geht.

Es ist aber auch klar: Sprachkenntnisse allein genügen nicht. Wir müssen alles daran setzen, die Perspektivlosigkeit gerade der jungen Menschen zu überwinden. Deshalb sind wir uns einig – daran werden wir mit aller Kraft weiterarbeiten –: **Bildung und Ausbildung** sind die Schwerpunkte der Integrationspolitik; denn 40 Prozent der Jugendlichen aus Zuwandererfamilien verfügen über keinerlei berufliche Qualifikation. Das müssen wir überwinden.

Wir tun etwas dagegen. Wir haben am Mittwoch im Bundeskabinett eine Qualifizierungsinitiative beschlossen. Diese Qualifizierungsinitiative und insbesondere der Ausbildungsbonus, mit dem wir 100 000 zusätzliche Ausbildungsplätze gerade für die Altbewerber schaffen wollen, werden den Jugendlichen aus Migrantenfamilien zugutekommen. Dafür werden wir uns einsetzen.

Weil Sie immer über Geld reden: Wir geben rund 750 Millionen Euro aus. Hinzu kommen nun die Beträge aus der Qualifizierungsinitiative. Allein für den Ausbildungsbonus ist ein Volumen von 450 Millionen Euro und für die Bildungsbegleiter ein Volumen von 240 Millionen Euro vorgesehen. Damit wollen wir den Jugendlichen die Möglichkeit geben, einen besseren Schulabschluss zu erreichen und ein Ausbildungsverhältnis einzugehen. Wir werden im Rahmen des Ausbildungspaktes alles daransetzen, den Negativtrend zu stoppen. Wir brauchen die Wirtschaft an unserer Seite. Politik allein kann es nicht richten. Wir werden den Schwerpunkt bei den Migranten setzen. Ich selbst werde im April den Startschuss für ein bundesweites Netzwerk „Bildungs- und Ausbildungspaten“ geben. Damit ist klar: Wir reden nicht nur über Integration, sondern wir handeln. Ich sage in aller Deutlichkeit: Das Jahr 2008 wird das Jahr der Integration in Deutschland sein.

Ich möchte noch etwas anfügen, was den Nationalen Integrationsplan und die Zusammenarbeit mit den Migrantinnen und Migranten betrifft. Wir haben Ernst gemacht: Wir reden nicht übereinander, sondern miteinander. Die Migranten und Migrantinnen – nicht nur diejenigen, die organisiert sind, sondern auch die vielen anderen – sind Partner und Handelnde. Sie übernehmen Verantwortung.

Integration bedeutet auch, bereit zu sein, **Verantwortung** zu übernehmen. Wir unterstützen die **Eigeninitiative** und eine aktive Bürgergesellschaft im Bereich der Integration; denn der Staat allein wird es nicht schaffen. Wir brauchen eine Bewegung in unserem Land für Integration. Alle müssen das mittragen. Die Integrationspolitik der Bundesregierung zeichnet aus, dass die Migrantinnen und Migranten als Aktive einbezogen sind. Sie sind nicht mehr das Objekt der Integration, sondern sie sind diejenigen, die Integration verantwortlich mitgestalten. Das ist eine entscheidende Wendung. Ich will Ihnen einen Satz zitieren, den ein türkischstämmiger Student beim Migrantentreffen am 30. Januar im Bundeskanzleramt sagte: Wir sind hier, und wir gehören dazu. – Ich finde es eindrucksvoll, dass ein junger Mensch so deutlich zum Ausdruck bringt, dass er in Deutschland zu Hause ist. Wir wollen alles dafür tun, dass er nicht nur willkommen ist, sondern dass wir ihm auch deutlich machen, dass wir ihn brauchen.

Vielfalt ist eine Chance. Das bedeutet auch, dass das Thema Integration überall zu verankern ist. Ich bin sehr froh, dass die deutsche Wirtschaft den Weg über die **Charta der Vielfalt** gewählt hat. 250 Unternehmen haben sich diesem Projekt angeschlossen. Sie beschäftigen mehr als 2 Millionen Migrantinnen und Migranten. Wir haben das ehrgeizige Ziel, im Jahr 2008 die Zahl zu verdoppeln. Denn wir betrachten diejenigen, die zu uns gekommen sind, als eine Bereicherung. Wir wollen das Potenzial nutzen, und wir wollen gemeinsam nach vorne gehen.

Deshalb lassen Sie mich zum Abschluss sagen: Es gibt ein altes afrikanisches Sprichwort. Es lautet: Wenn du schnell gehen willst, gehe alleine, wenn du weit gehen willst, gehe gemeinsam! – Wir wollen weit gehen, und wir wollen gemeinsam gehen. Ich lade alle hier in diesem Haus ein, diesen Weg gemeinsam zu gehen; denn es geht um die Zukunft unseres Landes.